



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

An der Wiege des Königreichs Rumänien : Berichte des preußischen  
Spezialgesandten Freiherrn von Richthofen an König Friedrich Wilhelm den  
Vierten. 1.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## An der Wiege des Königreichs Rumänien

Berichte des preussischen Spezialgesandten Freiherrn von Richtigofen  
an König Friedrich Wilhelm den Vierten

Die im nachfolgenden erstmalig zur Veröffentlichung gelangenden Altentstücke verdanke ich dem freundschaftlichen Entgegenkommen des Reichstagsabgeordneten Herrn Legationsrat Hartmann Freiherr von Richtigofen, der sie wiederum dem Nachlaß seines Vaters, des durch frühzeitigen Tod mitten aus seinem Schaffen herausgerissenen Staatssekretärs des Auswärtigen Amts, Oswald Freiherrn von Richtigofen entnommen hat. Der im vorliegenden Bericht handelnde Diplomat ist der Vater des Staatssekretärs. — Es sei bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß demnächst in den Grenzboten auch eine Reihe von Briefen Richtigofens aus dem deutsch-französischen Kriege, den der nachmalige Leiter des Auswärtigen Dienstes als Leutnant mitgemacht hat, erscheinen werden.

G. Cl.

### 1.



Der heutige rumänische Königsstaat ist eines der Ergebnisse deutschen und französischen Zusammenwirkens, auf das beide Völker stolz sein können und das geeignet sein sollte, die Politiker hüten und drüben zu ermutigen, die Wege wieder aufzusuchen, die auf dem Pariser Frieden vom 30. März 1856 betreten, aber durch Napoleon den Dritten wieder verlassen wurden. Aus zwei halb orientalischen, halb sarmatischen Fürstentümern, aus der Moldau und der Walachei, ist in bald fünfzigjähriger hingebender Arbeit eines deutschen Fürstenhauses, des Hauses Hohenzollern, ein Staat zusammengewachsen, der zwar noch alle Merkmale seiner Vorgeschichte erkennen läßt, aber berufen scheint, ein Kulturzentrum unter seinen Nachbarn zu werden. Angesichts der sich augenscheinlich zuspizenden Verhältnisse auf dem Balkan dürfte auch Rumänien in nächster Zeit politisch wieder mehr in den Vordergrund treten und für seine fernere Zukunft kämpfen müssen. Von Bulgarien bedroht, von Rußland und Ungarn nicht geliebt, wird Rumänien großer innerer Festigkeit bedürfen, um die herannahenden Sturmzeiten zu überwinden. Aus diesem Grunde scheint es uns interessant, den Vorhang von Vorgängen zu lüften, die der Berufung des ersten Königs von Rumänien, des Prinzen Karl von Hohenzollern, vorausgingen und die uns den Grund, auf dem der rumänische Staat errichtet ist, besser zeigen, als die dickleibigsten Geschichtswerke es vermögen.

Vor uns liegen eine Reihe von Berichten des damaligen preussischen Spezialgesandten Dr. phil. Emil Freiherrn Praetorius von Richtigofen an König

Friedrich Wilhelm den Vierten. Sie schildern den Verlauf jener Kommissionsverhandlungen im Jahre 1856 und 1857, als deren Zweck die Reorganisation der Moldaufürstentümer gedacht war. Im nachfolgenden ersten Abschnitt, der die Berichte vom 16. Juli sowie 10. und 12. August 1856 enthält, wird dem Leser die vorsichtige Fühlungnahme des Diplomaten, der von österreichischer Seite als Eindringling angesehen wird, recht anschaulich vor Augen geführt.

\* \* \*

Nichthofen wurde gegen Anfang Juni (1856) von dem Ministerpräsidenten Freiherrn von Manteuffel mündlich davon in Kenntnis gesetzt, „daß die Wahl Sr. Majestät des Königs zu Allerhöchstseinem Delegierten in der vorgedachten Kommission“ auf ihn gefallen sei. . . „Nach der von dem Pariser Kongreß vereinbarten Generalinstruktion für die Kommission hatten sich die Delegierten zuerst nach Konstantinopel zu begeben, um dort einerseits den Erlaß eines von den Mächten mit der Pforte zu vereinbarenden Firmans zur Berufung eines walachischen und moldauischen Divans (Nationalversammlung), welche sich über die Wünsche der beiden Länder hinsichtlich deren künftiger politischer Konstituierung auszusprechen haben sollte, anderseits aber auch die Evakuierung der Fürstentümer von österreichischen und türkischen Truppen abzuwarten.“

Die Kommission setzte sich zusammen aus: Freiherrn von Koller, nachmals Gesandter in Berlin für Österreich; Sir Henry Lytton Bulwer, früher Gesandter in Madrid für England; Baron Charles Talleyrand-Périgord, bis dahin Gesandter in Baden für Frankreich; Chevalier Benzi, bis dahin außerordentlicher Gesandter in Mexiko für Sardinien; Wirklicher Staatsrat Basily für Rußland; Savfet Effendi (später Pascha), Minister des Innern für die Türkei.

Am 10. Juli 1856 trat Nichthofen seine Reise nach Konstantinopel an.

Am 16. Juli 1856 sendet er von Wien aus den ersten Bericht an den König, der uns in den Kreis einführt, dessen Aufgabe es zu sein scheint, alles andere zu tun, nur nicht die hochgefinnten Ideen des Königs von Preußen, die wir später näher kennen lernen sollen, in die Praxis überzuführen.

„Euer Königlicher Majestät melde ich in tiefster Ehrfurcht,“ schreibt Nichthofen, „daß ich den mir erteilten Befehlen zu Folge, meine Reise nach Konstantinopel angetreten habe und am 12. d. M. hier, in Wien, eingetroffen bin.“

Nachdem ich mich mit Euer Königlichen Majestät hiesigem interimistischen Geschäftsträger, Graf Flemming, in Verbindung gesetzt, hat mich derselbe auf meinen Wunsch am vergangenen Montage dem Grafen Buol vorgestellt. . .

Graf Flemming führte mich bei dem Grafen Buol als Euer Königlichen Majestät Ministerresidenten in Mexiko ein,\*) und ich setzte hinzu, daß ich mich

\*) Nichthofen war seit dem 20. Februar 1851 königlich preussischer Ministerresident in Mexiko; über seine Tätigkeit dort berichtet er in der von ihm herausgegebenen „Geschichte der Familie Praetorius von Nichthofen.“ 1884. Druck von E. Baensch jun. Magdeburg. S. 527 bis 551.

auf der Durchreise nach Konstantinopel befände, wohin ich mich zu den ihm, dem Grafen Buol, bereits bekannten Zwecken zu begeben hätte.

Das Gespräch ging demnächst auf Mexiko und die Taufe der neugeborenen Erzherzogin über; nur am Schlusse meines Besuches kam Graf Buol auf meine Reise nach Konstantinopel zu sprechen, indem er fragte, welchen Weg ich dahin zu nehmen gedächte, was nach seiner bisherigen Haltung in dieser Frage meine Erwartung übertraf; ich glaubte, Graf Buol würde, wie bisher, die Teilnahme Preußens an der Kommission und meine Reise zu diesem Behuf nicht einmal in dieser Weise berühren wollen. Die Anwesenheit Seiner Kaiserlichen Königlichen Hoheit des Erzherzogs Johann in der Staatskanzlei . . . verzögerte meine Einführung bei letzterem und gab dem Grafen Flemming Gelegenheit, mich dem englischen Gesandten vorzustellen, den wir im Wartesalon bereits antrafen.

Sir H. Seymour nahm mich in eine Fensternische und fing sogleich an von der Kommission für die Reorganisation der Donaufürstentümer zu sprechen und ging in eine ziemlich lange Unterhaltung mit mir hierüber ein; er äußerte, daß die Teilnahme Preußens in der Kommission England besonders auch deshalb willkommen sei, weil es hoffe, daß es sich mit Preußen in dieser Frage auf demselben Standpunkte befinden werde. England wolle, daß ganz nach dem Texte des Pariser Friedens verfahren und die Fürstentümer durch die Divans ad hoc gehört würden. Alles, was diese zunächst vorbringen würden, sollte die Kommission genau und ohne vorgefaßte Meinungen möglichst objektiv unter Berücksichtigung des wahren Wohls beider Länder prüfen. Ich konnte um so mehr erwidern, daß dies auch ganz in Euer Königlichen Majestät Allerhöchsten Intention liege, als Sir H. Seymour auch nicht ein Wort oder auch nur eine Andeutung über englische Vorliebe für eine den Fürstentümern zu gebende konstitutionelle Regierungsform fallen ließ, vielmehr meiner allgemeinen Bemerkung völlig beistimmte, daß die der Moldau und Walachei zu gebende Staatsform sich nicht nach dem Zuschnitt anderer, vorgeschrittener Länder modeln lassen werde. Hinterdrein hat Sir H. Seymour dem Grafen Flemming gesagt, daß er über meine Äußerungen sehr befriedigt sei, und ich muß alleruntertänigst hinzufügen, daß ich es auch von den seinigen gewesen bin. Es wäre nur zu wünschen, daß dies mit Mr. Bulwer (dem englischen Spezialkommissar) in gleichem Maße der Fall sein möge. . .

Demnächst habe ich dem russischen Geschäftsträger einen Besuch gemacht; Mr. de Balabine sagte mir, daß der russische Kommissär Mr. Basili . . . in längstens drei Wochen von St. Petersburg hier wieder erwartet werde und dann unmittelbar nach Konstantinopel abgehen würde, um möglichst bis Mitte August daselbst einzutreffen. Zur Sache selbst äußerte Mr. Balabine, daß Rußland wolle, daß die Fürstentümer durch die Divans ad hoc vollkommen zu freiem Ausdruck ihrer Wünsche gelangen. Man wolle nicht, daß etwa hinterdrein gesagt würde, daß Rußland die Fürstentümer nicht habe frei sprechen lassen, oder daß

russische Intrige sie daran verhindert habe. Die Fürstentümer hätten nun einmal ihre Blicke auf die Westmächte gerichtet und erwarteten vorzugsweise von diesen ihr Heil; man wolle sie daran nicht hindern, sondern die Westmächte gewähren lassen und nur vermeiden, daß, wenn das Heil doch ausbleibe, das Odium auf Rußland falle. Mr. Balabine setzte hinzu, daß dies sicherlich auch die preußische Auffassung sein werde, und ich sagte ihm darauf, daß Euer Königliche Majestät gewiß allen Maßregeln beizustimmen geruhen würden, welche geeignet erscheinen möchten, das Glück jener interessanten Länder zu begründen.

Gestern habe ich dem französischen Botschafter, Baron Bourqueney, meinen Besuch gemacht; die Art und Weise, wie er sich äußerte, war einigermassen unbestimmt. Er bedauerte zunächst, daß bei dem Kongresse in Paris in bezug auf die Fürstentümer so wenig Positives festgestellt worden sei; es habe auch wohl daran gelegen, daß den Kongreßmitgliedern gerade dieser Punkt der orientalischen Frage nicht aus früheren Dienstverhältnissen im Orient bekannt genug gewesen sei. Nachdem die Regulierung dieser Verhältnisse der Hauptsache nach auf die Kommission verwiesen worden, sei die Lösung der Frage eine viel schwierigere geworden, da zu einer gegenseitigen Nachgiebigkeit nicht mehr durch das größere Interesse für den allgemeinen Frieden hingedrängt werde. Alle Separatinteressen, Intrigen usw. hätten jetzt freie Zeit und freien Spielraum, sich geltend zu machen und die Negoziation fange schon jetzt unter Auspizien an, die nicht die besten wären. Nach seiner Kenntnis der türkischen Politik glaube er, daß, obwohl die Pforte sehr wohl wisse, daß dieselbe nur einen Schatten von Gewalt in den Fürstentümern besessen habe und besitze, sie doch diesen Schatten nicht werde aufgeben wollen, besonders da sich die Türkei von anderer Seite her hierzu aufgefordert und unterstützt sehe. Nach dem Gange, den einmal die Sache genommen, halte er dafür, daß eine Übereilung des Geschäftes schädlich sein werde. Vielleicht gewinne man mit einem Opfer an Zeit mehr, als durch eine Beeilung. Dies habe er auch dem unlängst nach Konstantinopel abgereisten Baron Talleyrand gesagt.

Mir schienen diese Äußerungen von Baron Bourqueney — dessen tiefe Kenntnis der orientalischen Zustände durch seinen langen Aufenthalt in Konstantinopel bekannt und geschätzt ist — dahin zu gehen, daß es ihm im allseitigen Interesse zu liegen scheine, die Reorganisation der Fürstentümer etwas hinzuhalten, wenn sie für den Augenblick zu große Schwierigkeiten ergeben solle. Die Kommission würde dann eine Art von Permanenz erhalten.

Mr. de Bourqueney, der sich eigentlich bis dahin über die Absichten Frankreichs gar nicht geäußert hatte, brachte hierauf die Sprache auf die Vereinigung der Fürstentümer und legte mir eine Äußerung hierüber nahe. Da ich nun gehört hatte, daß der französische Botschafter sich gegen Graf Buol dahin vertraulich geäußert haben soll, daß ihm bekannt sei, daß preußischerseits auf diese Vereinigung das größte Gewicht gelegt werde und dadurch, wenn auch absichtslos, die österreichische Regierung gegen uns eingenommen habe, so sagte ich ihm,

daß Euerer Königliche Majestät noch nicht geruhet hätten, eine bestimmte Ansicht über diese Frage auszusprechen, indem ja noch zweifelhaft sei, ob die Fürstentümer selbst durch ihre Divans hierauf antragen würden. Ich bediente mich des Vergleichs, daß man nicht füglich zwei Personen verheiraten könne, wenn nicht beide wollten, und daß von der Angemessenheit und Zweckmäßigkeit einer solchen Verbindung füglich erst dann gesprochen werden könne, wenn beide Teile den Willen, sie zu schließen, erklärt hätten. Von der Moldau könne dies wohl erwartet werden, aber von der wichtigeren Walachei fehle noch jede Äußerung, weshalb die Sache für uns bis jetzt so gelegen habe, daß sie noch kein bestimmtes Urteil zu erheischen schien; in der Theorie und im Prinzip böten größere Staatenkomplexe allerdings eine bessere Garantie für eine gute Administration, als kleinere dar, und wenn die Fürstentümer inder den Wunsch auf Vereinigung aussprechen sollten, so würden die Gründe dieses Wunsches auch in Berlin verstanden und gewürdigt werden.

M. de Bourqueney schien ein wärmeres Eingehen meinerseits auf die Vereinigungsfrage erwartet zu haben; er hob hervor, daß nach seinen Nachrichten die Walachei diesen Wunsch allerdings teile, und wenn es dort zu einer Manifestation desselben noch nicht gekommen sei, dies lediglich daran gelegen habe, daß der Fürst Stirben dieselbe unterdrückt habe. In Frankreich sehe man es für unzweifelhaft an, daß diese Frage zur Diskussion kommen müßte und daß man sich ihr nicht würde entziehen können, man sehe sie sogar als einen Hauptpunkt an, dessen Entscheidung im affirmativen Sinne eine Bedingung für die Wohlfahrt der beiden Länder sei. Hierauf entwickelte der Botschafter alle die bekannten Gründe, welche für die Vereinigung sprechen und zwar in einer Weise, daß ich eine sehr genaue Übereinstimmung derselben mit einem Leitartikel der „Presse“ desselben Tages fand, der mir einige Stunden nachher in die Hände kam und welcher zum ersten Male in Oesterreich entschieden für die Vereinigung sich ausspricht.

Auf diesen Punkt, der allerdings von dem französischen Ambassadeur mit der größten Entschiedenheit hingestellt wurde, beschränkten sich indes seine Äußerungen, und über die sonstigen Absichten des französischen Gouvernements bei Konstituierung und Organisation der Regierungsgewalt in den Fürstentümern ließ er nichts verlauten; nur das konnte ich mit Sicherheit entnehmen, daß bei der Anwesenheit des französischen Kommissärs Baron Talleyrand hier selbst keinerlei Verabredungen mit dem Wiener Kabinett stattgefunden haben und daß, wenn die hiesige Presse mit gebliffentlicher Ostentation von befriedigenden Vorverhandlungen spricht, dies auf Unwahrheit beruht.

Jene bestimmte Äußerung des französischen Botschafters über die Vereinigungsfrage abgerechnet, zu welcher derselbe bis dahin keine Gelegenheit gehabt haben mag, habe ich hiernach die Auffassung der hiesigen Diplomatie genau so unbestimmt und unsicher gefunden, als Euerer Königlichen Majestät interimistischer Geschäftsträger dies in seinem alleruntertänigsten Berichte vom 9. d. M. gemeldet

hat, dessen Inhalt ich hiernach ehrfürchtsvoll bestätige. Man scheint allseitig eine zuwartende Stellung einnehmen zu wollen.

Den türkischen Geschäftsträger konnte ich nicht sprechen; er befindet sich krank im nahen Baden. Ebendasselbst weilt auch noch der österreichische Kommissär Baron Koller, der, wie ich höre, die Kommission sehr ungern angenommen hat, und jetzt um so verstimmt ist, als er glaubt, daß die inzwischen vakant gewordene Gesandtschaft in Berlin ihm dadurch entgangen sein wird, auf die er Aussichten gehabt haben soll. Man erwartet ihn indes jeden Tag aus Baden, und dann soll er auch bald nach Konstantinopel abgehen."

Am 8. August traf Richtigshofen via Triest in Konstantinopel ein, von wo aus er unter dem 10. schreibt:

"... Gleich am folgenden Tage (den 9. August) hat Euer Königlichen Majestät Gesandter bei der Pforte (General von Wildenbruch) ... mich bei dem Großvezier Aaly Pascha und dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten Fuad Pascha vorgestellt, welchen ich Euer Königlichen Majestät allerhöchste Vollmacht vorgelegt habe; auch habe ich noch an demselben Tage dem Pfortenkommissär für die Fürstentümer, dem das Ministerium des Innern verwaltenden Saffet Effendi meinen Besuch abgestattet.

Euer Königlichen Majestät Gesandter hat durch diese meine schnelle Einführung bei den höchsten Pfortenbeamten den Anstrengungen Oesterreichs, noch im letzten Augenblick vielleicht Schwierigkeiten gegen die Zulassung Preußens in die Kommission zu erheben, vorzubeugen gesucht. In dem Wartesaal bei dem Großvezier traf gleich nach uns der österreichische Internuntius Baron Prokesch ein, der meine am Tage vorher stattgehabte Ankunft bereits erfahren haben mochte.

Von keinem der gedachten türkischen Beamten ist indes auch nur der leiseste Zweifel gegen die Zulassung Preußens zur Kommission geäußert worden, die Euer Königlichen Majestät Gesandter hier gleich von Anfang als sicher und unzweifelhaft zur Geltung gebracht hatte. Die türkischen Minister gingen sämtlich auf eine allgemeine Unterhaltung über die Donaufürstentümer ein, und Saffet Effendi sagte mir, daß, sobald die Kommissionäre der übrigen beteiligten Mächte, von denen erst der französische Baron Talleyrand hier angelangt ist, eingetroffen sein würden, er mich von dem Zusammentritt der Kommission behufs der Teilnahme an den, wie er zu erkennen gab, sehr schwierigen und kritischen Arbeiten derselben sogleich in Kenntnis setzen werde.

Man erwartet die baldige Antwort des englischen Kommissärs Mr. Bulwer, bekannt durch seine Wirksamkeit in Spanien als Gesandter im Jahre 1848/49. Die Kommission wird aus sehr heterogenen Elementen bestehen. Von Sardinien soll Mr. Benzi, bisher in extraordinärer Mission in Mexiko, zum Kommissarius bestimmt sein, welchen ich genau kenne; er hat ziemlich rot-republikanische Ideen. Wenn jeder dieser Herren, von denen keiner die Fürstentümer kennt, seine vorgefaßten allgemein-politischen Ideen und Systeme auf jene Länder zur An-

wendung zu bringen versuchen wollte, so wird die Kommission nichts Gescheutes und Verständiges zutage fördern können, indessen muß das weitere allererst abgewartet werden.

In den nächsten Tagen wird Herr von Wildenbruch mich bei den betreffenden fremden Botschaftern und Gesandten einführen; es wird sich dann vielleicht eine nähere Ansicht hierüber gewinnen lassen.

Inzwischen hat mir Herr von Wildenbruch auch das bei der Gesandtschaft befindliche neueste Material über die politische Frage, deren Gegenstand die mir allergnädigst anvertraute Kommission bildet, zur Einsicht mitgeteilt.

Darunter befindet sich auch eine Kopie der Depesche vom 31. v. M., welche die Pforte an ihre Repräsentanten in Berlin, Paris, Wien und London gerichtet hat, um an die dortigen Kabinette übergeben zu werden; ich habe mir erlaubt, in einem Berichte an Euer Königlichen Majestät Ministerpräsidenten Freiherr von Manteuffel näher auszuführen, daß die Auffassung, welche die Pforte darin von ihrem Verhältnis zu den Fürstentümern niederlegt, im Widerspruch ebenso wohl mit den Kapitulationen der letzteren, als mit den jüngsten Stipulationen des Pariser Friedens steht, und daß, wenn diese Auffassung zur Geltung kommen sollte, diese weit ab von den Zwecken führen würde, deren Verfolgung Euer Königliche Majestät mir allergnädigst zur Aufgabe gemacht haben.“

Am 12. August wird Richthofen den französischen und englischen Botschaftern bei der Pforte vorgestellt und berichtet darüber am 13. August.

„. . . Mr. Thourenel (der französische Botschafter) empfing uns mit dem aufrichtigsten Entgegenkommen; er nahm an, daß nach den in Paris im Kongreß stattgehabten mündlichen Erörterungen darüber kein Zweifel sei, daß zwischen Preußen und Frankreich hinsichtlich der Donaufürstentümer eine vollkommene Gleichheit der Ansichten bestehe, und las uns daher den Inhalt aller seiner neuesten Depeschen vor, die er über diesen Gegenstand an die Regierung des Kaisers abgestattet hat. . . .

Euer Königliche Majestät haben bereits aus den alleruntertänigsten Berichten des Gesandten, insbesondere aus dem Bericht desselben über seine Unterredung mit dem Großvezier Aaly Pascha, nach dessen Rückkehr nach Konstantinopel, davon allergnädigst Kenntnis genommen, daß die türkische Regierung der Vereinigung der Fürstentümer besonders deshalb entgegen ist, weil sie selbige gleichbedeutend mit der Einsetzung eines fremden Prinzen halte. Ganz in gleicher Weise hat sich, nach den Depeschen von Mr. Thourenel an seine Regierung, die türkische Regierung auch gegen ihn ausgesprochen. Der Gedankengang, den Mr. Thourenel demnächst in seinen Gesprächen mit Aaly Pascha und dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten Fuad Pascha festgehalten hat, ist der: daß die territoriale Zusammenlegung beider Länder eine administrative Maßregel sei, die vorläufig mit der Regierungsform und mit der Konstituierung der öffentlichen Macht in keinem Zusammenhange stehe, und daß die Regierung des Kaisers sich über die Form der den Fürstentümern zu gebenden obersten

Gewalt noch gar nicht geäußert habe, daß man hierüber erst die Divans ad hoc und die Kommission zu hören haben würde, kurz, daß das Pariser Kabinett hierüber für jetzt noch gar keine bestimmte Ansicht ausgesprochen und keine vor-gefaßte Idee habe.

Mr. Thourenel ist innerlich ebenso überzeugt als wir, daß wenn die Vereinigung der Fürstentümer erfolgt, die Regierung derselben füglich nicht anders als durch einen fremden Erbfürsten möglich sein wird; aber er glaubt, daß wenn man der Pforte schon jetzt von einem Erbfürsten reden wolle, dies den Widerstand der Letzteren gegen die Vereinigung noch steigern, ja diese unerreichbar machen werde. Er glaubt, gleich Euer Königl. Majestät Gesandten, sich aus den Gesprächen mit den türkischen Autoritäten die Überzeugung verschafft zu haben, daß die Türkei weniger gegen die Union, als gegen die Konsequenz derselben — den fremden Erbfürsten — ist. Die Vereinigung pure et simple müßte daher ohne allen Beisatz in den Vordergrund gestellt werden; es sei möglich, daß nach der Vereinigung noch irgendein Wahlmodus des Fürsten aus den Bojaren vorläufig beibehalten werde, ein solcher Wahlfürst werde sich aber sofort selbst ruinieren; es werde sich ergeben, daß mit den neuen Administrationsgrundsätzen ein Bojar beide Länder nicht regieren können; die Überzeugung davon werde bald allgemein werden, und dann werde der Übergang zum fremden Erbfürsten um so sicherer und fester sein, je unmöglicher sich die Regierung des Bojaren-Fürsten gezeigt haben werde. Es sei sogar fraglich, ob nicht, wenn ein fremder Erbfürst sofort, nach Bildung der neuen Verhältnisse eintrete, das ganze Odium der Unterdrückung der Bojaren-Privilegien — Steuerfreiheit usw. — ihm eine Opposition bereiten werde, deren erste Stöße auf einen Bojar selbst fallen zu lassen, politischer sei. Jedenfalls würde nach Begründung der neuen Verhältnisse ein Zustand der Gärung erscheinen, einer Gärung, aus der dann eben nur ein fremder Erbfürst zu retten imstande sein werde.

An ein in diesem Falle mögliches Zurückkommen auf die Trennung, welches General von Wildenbruch und ich alsdann wohl für möglich halten, wollte Mr. Thourenel nicht glauben.

Euer Königl. Majestät Gesandter und ich, wir können im allgemeinen den Gedankengang, von dem man französischerseits ausgeht, mit Rücksicht auf die Auffassungen der Pforte und Oesterreichs, nicht für unrichtig halten; wir glauben ebenfalls, daß wenn man die Idee des fremden Erbfürsten jetzt zu sehr in Vordergrund schiebt, dieselbe scheitern werde, wir sind der unmaßgeblichen und alleruntertänigsten Meinung, daß ein vorsichtiges Zurückhalten mehr Chancen zur Erreichung des Zweckes bieten wird, als ein unbedingtes Auftreten mit der Forderung des fremden Erbfürsten; allein wir verkennen die Schwierigkeit nicht, die es haben wird, der Pforte die Ansicht beizubringen, daß die territoriale Zusammenlegung beider Länder mit der Bildung und Form der obersten Gewalt in denselben vorläufig nicht im nahen Zusammenhange stehe. Die Pforte

weiß aller auch noch so kräftigen Deduktionen ungeachtet doch recht gut, daß dies der Fall ist.

Eine Unterredung, die ich demnächst mit dem französischen Kommissär Baron Talleyrand hatte, war in diesem Punkte ganz übereinstimmend mit den Äußerungen von Mr. Thourenel, nur hob er noch stärker hervor, daß französischerseits auch ein fremder Erbfürst für diese Länder für unbedingt notwendig gehalten und gewünscht werde, daß man aber den einzigen sichern Weg hierzu in einer geschichtlichen Entwicklung suchen müßte, zu der die Vereinigung notwendig führen werde. Deshalb weise ihn seine Instruktion an, zunächst auf die Vereinigung zu wirken, und von dem fremden Erbfürsten vorläufig zu schweigen, es sei denn, daß die Chancen hierfür während der weiteren Entwicklung sich günstiger zeigten, als dies bis jetzt der Fall ist. Dies werde indes nicht hindern, an dem Kongreß schon auf diesen Gegenstand zurückzukommen.

Was nun die Art und Weise der Behandlung der Vereinigungsfrage betrifft, so hat sich Mr. Thourenel sowohl der Pforte gegenüber mündlich, als auch seiner Regierung gegenüber schriftlich gegen die Ausschließung der Vereinigungsfrage von den Äußerungen der Divans ausgesprochen, und schlimmstenfalls wenigstens daran festzuhalten gesucht, daß die Vereinigungsfrage von der Kommission behandelt werde. Dies soll, bevor die Wirksamkeit der Divans und der Kommission beginnt, durch gemeinsame Übereinkunft der Mächte festgestellt werden. Euer Königlich-Majestät Gesandter und ich sind der alleruntertänigsten Meinung, daß die Ansicht des französischen Botschafters vollkommen korrekt ist, und daß, wenn wir ihr beitreten, sie noch durch ein Motiv unterstützt werden kann, was bei jenem Gespräch nicht berührt wurde. Nach dem Pariser Frieden sollen die „lois et statuts aujourd'hui en vigueur“, und dies sind die *Réglements organiques* dieser Länder, einer Revision unterworfen werden. Diese *Réglements* besagen aber selbst, daß sie von dem Grundsatz einer intimeren Vereinigung beider Fürstentümer ausgehen. Man kann daher logischerweise keine Prüfung und Revision dieser *Réglements* vornehmen, wenn es nicht erlaubt sein soll, die darin ausdrücklich ausgesprochene Grundidee zu prüfen.

Im weiteren Verlaufe des Gesprächs mit Mr. Thourenel kam auch die Rede auf die Haltung, die Rußland in Beziehung auf die Fürstentümer einnehmen werde; Herr von Wildenbruch teilte dem französischen Botschafter mit, wie Mr. de Balabine in Wien sich gegen mich hierüber ausgesprochen habe, und Mr. Thourenel wollte von Aaly Pascha wissen, daß man ganz gleiche Äußerungen russischerseits auch gegen diesen bei seiner Anwesenheit in Wien getan habe, aber allerdings mit dem wichtigen Beifuge: daß Rußland meine, daß wenn die Pforte die schließlichen Ansichten der Mächte vernommen habe, sie immer noch unbeschränkt bleiben müsse, zu tun, was sie wolle, und man muß gestehen, daß diese Auffassung allerdings dem Artikel 25 des Pariser Friedens entspricht. Schließlich erwähnte Mr. M. Thourenel, daß ihm von der Ernennung des sardinischen Kommissärs Mr. Benzi nunmehr eine offizielle

Runde geworden sei, welche ich bereits in meinem allgemeinen Bericht vom 10. d. Mts. erwähnt habe. Der Besuch beim englischen Botschafter war ziemlich kurz, da er eben eine militärische Deputation erwartete, zu deren Empfang er sich anschickte; doch war der Besuch vollkommen genügend, die Stellung desselben zur vorliegenden Frage klar zu machen. Seine Regierung — so sagte Lord Stratford — habe ihn angewiesen, die Union beider Fürstentümer auf das kräftigste zu unterstützen, die Union sei aber ganz unausführbar; auf meine Bemerkung, daß, wenn seine Regierung diese Ansicht habe, es eigentümlich sei, daß man etwas wolle, was man selbst für unausführbar halte, bemerkte er, daß diese letzte Äußerung nicht die des britischen Botschafters, sondern seine, Lords Stratfords, Privatansicht sei, und daß er glaube, daß Lord Stratford, der Privatmann, richtiger urteile, als Lord Stratford, der Botschafter. Wenigstens war dies der Sinn seiner Worte; er begründete dies insbesondere dadurch, daß die Vereinigung der Fürstentümer, indem sie den Ländern einen ganz andern, und notwendigerweise unabhängigeren Charakter gebe, und insofern das türkische Reich notwendig schwächen müßte, im Widerspruch mit der allgemeinen Politik der Westmächte stehe, die darauf gerichtet sei, die Türkei in ihrer Macht und Stärke zu erhalten. Die Worte Lord Stratfords, des Privatmanns, finden natürlich bei der Pforte mehr Achtung, als die Lord Stratfords, des Botschafters, und hierin wird eine wesentliche Schwierigkeit liegen, die Pforte zur Nachgiebigkeit zu bestimmen. Indes wird viel von Mr. Bulwers Instruktionen und Auftreten und der Haltung abhängen, die er sich gegenüber dem doppelten Auftreten Lord Stratfords wird geben können; man weiß jetzt, daß Mr. Bulwer bereits unterwegs ist, Lord Stratford aber erwähnte seiner nicht mit einem Worte.

Der österreichische Internuntius Baron Prokesch empfing uns mit großer Freundlichkeit und mit der Nachricht, daß er soeben die am 27. Juli c. erst von dem Kaiser vollzogene Nomination des Barons von Koller zum Mitgliede der Reorganisationskommission erhalten habe; bisher habe man ihm hierüber gar nichts geschrieben, auch nicht — sich an mich wendend — über mich. Im Verlaufe des weiteren Gespräches hatte ich die Gelegenheit, die Frage an ihn zu stellen, ob man ihn über Mr. Bulwers Ernennung zur Kommission unterrichtet habe, was er ebenfalls verneinte.

Ich nahm alsbald Veranlassung, ihm von meinem Besuche bei den türkischen Ministern zu sprechen und ihm unter anderem mitzuteilen, daß der Kommissarius der Pforte Saffet Effendi, wie er mir gesagt, nur auf das baldige Eintreffen der übrigen Kommissare warte, um den Zusammentritt der Kommission zu veranlassen, von dem er mich zu unterrichten sogleich sich beeilen werde, und daß Saffet Effendi mir bereits viel von den gemeinsam zu überwindenden großen Schwierigkeiten, mit denen die Kommission zu kämpfen haben werde, gesprochen habe.

Baron Prokesch bemerkte, daß er die Ansichten über diese Schwierigkeiten vollständig teile; er erwähnte indes der Vereinigung gar nicht und stellte sich

sofort auf den Standpunkt, daß die Arbeit der Kommission sich hauptsächlich auf innere administrative Reformen zu beschränken haben werde.

Innerhalb dieses Standpunktes kam er auf eine den General von Wildenbruch und mich gleich überraschende Weise, und ich möchte sagen, fast wörtlich auf diejenigen Ansichten hinaus, die in der mir allergnädigst erteilten Instruktion für den Fall aufgestellt sind, daß sich erbliche Fürsten für jetzt nicht erreichen ließen: die möglichste Beschränkung der Wahl des Fürsten auf Lebenszeit, Vorschlag von drei Kandidaten, wenn der Fürst keinen Sohn habe, der sich zur Nachfolge eigne; sei dies der Fall, so sei dieser zu berücksichtigen; auch wegen der Bestellung des Nachfolgers schon zu Lebzeiten des Fürsten kamen seine Ideen mit denen meiner Instruktion in dem Abschnitt „Über die Caimakamie“ sehr nahe zusammen.

Das größte Gewicht legte er auf die Verbesserung des Standes der Landbauern durch angemessene Regulierung ihrer Verhältnisse zum Gutsherrn im Wege eines Ablösungsverfahrens. Er bemerkte indes, daß Baron Koller erst die näheren Instruktionen hierüber mitbringen werde, denn seine vorstehenden Ideen, die er bereits bei den Verhandlungen im Februar d. Js. geäußert seien, wenn auch nicht verworfen, doch damals zu keiner bestimmten Entscheidung gebracht worden wegen des allgemeinen Abbruchs der hiesigen Konferenzen zwischen Osterreich, England, Frankreich und der Türkei, nachdem sie von den allgemeinen Friedensverhandlungen absorbiert worden wären; er beklagte, daß beim Pariser Frieden nicht wenigstens einige feste Grundsätze hierüber ausgesprochen worden wären, wenn auch über die größeren politischen Fragen der Vereinigung usw. keine allgemeine Einigung erzielt werden konnte.“

(Fortsetzung folgt)



## Die Blumen des Florentin Kley

Novelle von Margarete Windthorst

### II.

Das Haus des Kley war modeneu gebaut, in Art eines ländlichen Kleinbürgerhauses. Vorn waren die Stuben, rechts die Visiten- und Nähstube, links dem Florentin seine, mit seinem Bett und Schreibarbeitstisch, und die Küchentube. Zu den Kammern der Frauen führte eine Treppe hinan, und die vom Wieschen lag unter dem Schrägdach. Im Anbau hinten war die Tenne, eine Tür mit verhangener Fensterscheibe führte aus dem Wohnhause dahin. In den Ställen grunzten Ferkel und stießen mit der Schnauze unter die Troglappe, ungeduldig der Fütterung wartend. Die Tür zum Kuhstall stand offen, man hörte das behagliche Wiederkauen der einzigen Braumen, dazwischen ein freundlich